



# Mit Leidenschaft für Demokratie

## 110 Jahre SPD-Landtagsfraktion in Bayern

Von Franz Maget, MdL  
Fraktionsvorsitzender

Geleitwort zum Jubiläumsbuch  
München, März 2003



# Mit Leidenschaft für Demokratie

## 110 Jahre SPD-Landtagsfraktion in Bayern

Von Franz Maget, MdL  
Fraktionsvorsitzender

„Die Sozialdemokratische Partei brauchte weder ihren Namen noch ihr Programm zu ändern. Sie bekannte sich von jeher zur demokratischen Staatsauffassung, zur Völkerverständigung und zur internationalen Zusammenarbeit.“ Diese Feststellung des Sozialdemokraten Josef Simon, nach dem Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in der Präambel des Nürnberger Parteiprogramms niedergeschrieben, gilt noch heute: Auch 110 Jahre nach der Wahl der ersten SPD-Landtagsabgeordneten in den Bayerischen Landtag im Juli 1893 benötigt die SPD kein neues Firmenschild. Die bayerische SPD hat sich in all den Jahren inhaltlich und politisch erneuert, sie stand aber immer mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Demokratie und kämpfte für die Freiheitsrechte.

Der Jahrestag ist für uns zum einen ein Grund zum Feiern, zum anderen ein Anlass, interessiert und kritisch zurückzublicken – und dies auch mit dem vorliegenden Buch. Es wendet sich an all jene, denen Demokratie am Herzen liegt, die in ihr leben und sie mitgestalten wollen. Und an die, die wissen, dass Demokratie vom Ausgleich und vom Wechsel lebt. Auch in Bayern.

Die folgenden fünf Kapitel informieren über bekannte und weniger bekannte Wegmarken sozialdemokratischer Politik im Bayerischen Landtag. Dabei haben unsere Autoren das Fraktionsgeschehen jeweils eng mit dem Zeithintergrund verwoben.

Die Geschichte der SPD im Bayerischen Landtag begann 1893 mit Gabriel Löwenstein, Franz Josef Ehrhart, Karl Grillenberger, Johannes Scherm und Georg von Vollmar. Diese Sozialdemokraten der ersten Stunde im bayerischen Parlament prägten sozialdemokratische Politik und setzten wichtige Impulse. Der Münchner Georg von Vollmar hatte mit seinen berühmt gewordenen „Eldoradoreden“ den Grundstein für ein Landeswahlprogramm gelegt. Es ging ihm um aus damaliger Sicht „revolutionäre“ Reformen – zum Beispiel die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts sowie der uneingeschränkten Versammlungsfreiheit –, aber auch um konkrete Erleichterungen wie die Verbesserung des Arbeits- und des Versicherungsschutzes. Bereits diese wenigen Beispiele zeigen: Sozialdemokratische Politik machte aus Untertanen Staatsbürger und trat für ein fortschrittliches Menschenbild ein.

Die SPD im Bayerischen Landtag kämpfte für das allgemeine und gleiche Wahlrecht und erstritt das Frauenwahlrecht, das die Sozialdemokraten als erste Partei in Deutschland gefordert hatten. Die ersten Frauen, die für die SPD in den Landtag zogen, waren übrigens Aurelie Deffner und Emilie Mauerer, die 1919 gewählt wurden.

Zu den bekannten, aber immer wieder verschütteten Erkenntnissen gehört die folgende: Es ist eine sozialdemokratische Errungenschaft, dass Bayern ein Freistaat ist! Kurt Eisner, Vorsitzender des in der Revolutionsnacht konstituierten Arbeiter- und Soldatenrates und

erster sozialdemokratischer Ministerpräsident, rief im November 1918 den Freistaat aus und verankerte ihn in der Verfassung. Dort stand zu lesen: „Bayern ist ein Freistaat und Mitglied des Deutschen Reiches. [...] Die Landesfarben sind weiß und blau.“ Das Eisner-Wort hat Geschichte geschrieben. Obwohl die Machtverhältnisse schwierig waren, konnten die Mehrheitssozialdemokraten im neu gewählten Landtag 1919 etliche ihrer Forderungen durchsetzen und sich mit Recht die Umwandlung Bayerns in eine parlamentarische Demokratie auf ihre Fahnen schreiben.

Von Anfang an gehörte die Verbesserung der Bildungschancen für alle Kinder zu den Zielen sozialdemokratischer Politik in Bayern. Ein weiteres Dauerthema in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts war der Kampf um ein gerechtes, ohne Ansehen der Person urteilendes Justizsystem. Ein glänzender Jurist, der später Bayerischer Ministerpräsident wurde, erwarb sich als junger Landtagsabgeordneter seine ersten Verdienste: Wilhelm Hoegner. Er kritisierte vehement die bayerische Justiz und verfasste eine umfangreiche Untersuchung zum Hitlerputsch.

Doch die Diktatur der Nationalsozialisten war nicht aufzuhalten und es erforderte nun besonders viel Zivilcourage, Sozialdemokrat zu sein. Der am 29. April 1933 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetretene Landtag markierte auch in Bayern das vorläufige Ende der Demokratie: Mit Ausnahme der SPD stimmten alle noch vertretenen Parteien dem Ermächtigungsgesetz zu. Für die sozialdemokratischen Abgeordneten bedeutete dies zwar erst einmal das Ende ihrer „offiziellen“ politischen Laufbahn, doch ihre Ideale gaben sie nicht auf. Sie gingen in den Widerstand, wurden verfolgt oder mussten emigrieren. Ein besonders imponierendes Kapitel, auch wenn die Fraktionsarbeit im eigentlichen Sinn nicht weitergeführt werden konnte.

Der Neuanfang – zunächst unter amerikanischer Flagge – ermöglichte ab 1945 auch wieder vielen Sozialdemokraten eine politische Betätigung im Landtag. Wie eine Tabelle auf Seite **92/93** zeigt, waren etwa zwei Drittel der SPD-Landtagsabgeordneten im Widerstand aktiv, wurden verfolgt und/oder mussten emigrieren. Als politisch unbelastete Volksvertreter waren sie nun aufgerufen, am Aufbau einer neuen Demokratie mitzuarbeiten. Einer stand dabei ganz unbestreitbar im Mittelpunkt: der bereits erwähnte Wilhelm Hoegner, einer der bedeutendsten Politiker der bayerischen SPD. Zweimal war er Ministerpräsident, 1945/46 und von 1954 bis 1957. Wie kein anderer stellte er die Weichen für ein modernes und demokratisches Bayern. Bereits in seinem Schweizer Exil hatte Hoegner die Grundzüge der späteren Bayerischen Verfassung ausgearbeitet. Besonders wichtige Anliegen waren ihm die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und – seinerzeit ungemein weitblickend – der Schutz der Umwelt. An Wilhelm Hoegner (1887–1980) erinnert der anlässlich seines 100. Geburtstages gestiftete und nach ihm benannte Preis. Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag würdigt damit alljährlich das gesellschaftliche und politische Engagement von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Bekannte Preisträger sind unter anderem Carl Amery, Dieter Hildebrandt und Hubert Weinzierl

Eine zweite bestimmende Persönlichkeit in der bayerischen – und deutschen – Sozialdemokratie war Waldemar von Knoeringen, der langjährige bayerische Landes- und Frakti-

onsvorsitzende im Bayerischen Landtag. Er hatte eine tragende Rolle im Widerstand gegen das NS-Regime, kehrte 1946 aus dem Exil nach Bayern zurück und war maßgeblich am Prozess der Öffnung der SPD zur Volkspartei beteiligt, der 1959 im Godesberger Programm einen ersten Abschluß fand. Auch mit seinem Namen ist ein Preis verbunden, mit dem die bayerische Sozialdemokratie besondere Leistungen um die demokratische Kultur würdigt. Er wird seit 1981 von der Georg-von-Vollmar-Akademie verliehen. Prominente Preisträger sind u.a. Dr. Peter Glotz, Dr. Hans-Jochen Vogel, Hans Koschnik oder Senta Berger.

Zahlreiche soziale Fortschritte in Bayern mussten aus einer Minderheitenposition heraus angestoßen werden. Für viele heute selbstverständliche Errungenschaften haben sich zuerst Sozialdemokraten stark gemacht, im Bildungsbereich beispielsweise für die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule und für die Lernmittelfreiheit. Erfolgreich war auch das vom langjährigen Fraktionsvorsitzenden Volkmar Gabert initiierte Rundfunkvolksbegehren im Jahr 1978, das mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.

„Mehr Demokratie wagen“ – getreu dem berühmten Motto von Willy Brandt hatte bereits Volkmar Gabert ein Rezept für effektvolle Oppositionspolitik entwickelt: Ihm ging es um eine Doppelstrategie, denn bei den bayerischen Mehrheitsverhältnissen war aus seiner Sicht die parlamentarische Arbeit nur die eine Seite. Für ebenso wichtig erachtete er es, Bündnisse zu schließen, die Bevölkerung zu motivieren und Druck auf die Regierung auszuüben. Ein Leitspruch Gaberts lautete dementsprechend: „Demokraten müssen zusammenstehen. Die Demokratie muss von Demokraten getragen werden.“

Damals wie heute setzt sich die SPD-Landtagsfraktion für ein modernes, wirtschaftlich erfolgreiches und sozial gerechtes Bayern ein. Dabei beachten wir – wie es unsere Verfassung vorschreibt – die Lebensverhältnisse im gesamten Land. Weil in den vergangenen Jahren die regionalen Unterschiede im Freistaat sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch bei Bildung und Ausbildung gewachsen sind, ist eine aktive und vernünftige Regional- und Strukturpolitik wichtiger denn je. Eines unserer vordringlichsten Ziele besteht deswegen darin, den Menschen in allen Landesteilen annähernd gleiche Bildungs-, Berufs- und Lebenschancen zu geben.

In den letzten Jahren konnte der bayerische Staat durch den Verkauf von öffentlichen Unternehmen über fünf Milliarden Euro an Privatisierungserlösen verfügen. Unsere Wirtschaft wurde dadurch aber nicht nachhaltig gestärkt. Ihr Wachstum bleibt derzeit weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück und die Arbeitslosigkeit in Bayern steigt gegenwärtig überproportional stark an.

Wir wollen deshalb durch die Förderung von Innovationen, etwa bei der Entwicklung neuer Werkstoffe und in der Verkehrstechnologie, neue Arbeitsplätze schaffen und den Export unterstützen. Eine zusätzliche Chance bietet dabei der von der rot-grünen Bundesregierung durchgesetzte Ausstieg aus der Atomenergie. Durch die Förderung alternativer Energiequellen können gerade auch für Bayern neue Zukunftsmärkte erschlossen werden.

Ein modernes Bayern benötigt eine Politik, die ein zeitgemäßes Familien- und Frauenbild zugrunde liegt. Dazu gehört in erster Linie, dass Frauen und Männer Beruf und Familie

miteinander vereinbaren können. Wir schreiben niemandem vor, wie er oder sie zu leben hat, wir respektieren die Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen und wollen die Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger Bayerns durchsetzen. Staatliche oder ideologische Bevormundung werden wir beenden. Die Rechte der Kinder wollen wir in besonderer Weise wahren und als Wertvorstellung endlich in der Verfassung verankern.

Unsere Bildungseinrichtungen sind mehr denn je bestimmend für die Chancen, die ein Mensch im Leben hat. Deshalb brauchen wir mehr Aufmerksamkeit, mehr individuelle Förderung und bessere Schulabschlüsse für unsere Kinder. Es darf nicht so bleiben, dass der Zugang zu Bildung vor allem vom sozialem Stand der Eltern abhängig ist – und ebenso wenig, dass in Bayern annähernd jeder Zehnte die Schule ohne jeden Abschluss verlässt!

Wir wollen, dass Bayern auch in Zukunft ein sicheres und friedliches Land ist. Polizei und Justiz werden wir weiter nachhaltig unterstützen, die soziale Prävention stärken und die Integration der ausländischen Mitbürger vorantreiben.

Bayern liegt im Herzen Europas, in einer Region des Friedens und des wirtschaftlichen Wohlstandes. Wir möchten, dass dies so bleibt. Deshalb unterstützen wir die Erweiterung der Europäischen Union und die Aufnahme unserer Nachbarn in Tschechien, in Ungarn und in den anderen Beitrittsländern. Mit diesen Staaten verbinden uns ein reger wirtschaftlicher Austausch und eine jahrhundertlange kulturelle Tradition, an die wir anknüpfen wollen.

Gemeinsam mit der SPD-geführten Bundesregierung haben wir erreichen können, dass Probleme im Zusammenhang mit der so genannten Osterweiterung bei Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit durch geeignete Übergangsfristen abgefedert werden. Auch deshalb sind wir überzeugt: Die Chancen der EU-Erweiterung überwiegen alle Risiken. Europa wird eins werden und Bayern ist mittendrin.

Wir wollen den Föderalismus in Deutschland neu beleben, die Länderparlamente aufwerten und die kommunale Selbstverwaltung stärken. In einem größer werdenden Europa gehen die Bedeutung der Länder und die Aufmerksamkeit für Subsidiarität nicht zurück, sondern wachsen. Viele Menschen suchen zunehmend Halt und Orientierung in regionalen Bezügen, gleichwohl sie die Bedeutung internationaler Organisationen schätzen und anerkennen.

Diesen Gegebenheiten wollen wir als SPD im Bayerischen Landtag Rechnung tragen. Nach Jahrzehnten in der Opposition streben wir nach Übernahme der Regierungsverantwortung im Freistaat Bayern, dem Sozialdemokraten den Namen und die verfassungsrechtlichen Grundlagen gegeben haben. Wir kämpfen für ein modernes, offenes und lebenswertes Bayern, das sich frei macht von schwarzem Filz und der „Spezialwirtschaft“ einer Partei. Alle, die unser Bayern, Franken, Schwaben und die Oberpfalz lieben, lade ich ausdrücklich ein, dabei mitzuhelfen, dass Bayern gewinnt – mit der SPD im Bayerischen Landtag, die auf eine wahrhaft eindrucksvolle Geschichte verweisen kann.